

FRIEDENS JOURNAL

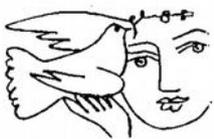


Handeln gegen Krieg und Umweltzerstörung



Fridays for Future am 25.1.2019 in Berlin - © Jörg Farys / WWF

- Friedens- und Umweltbewegung: Schritte zur Zusammenarbeit
- Klima & Kapital – Notwendig ist eine Weltjugendrevolte
- Friedensbewegung international vernetzt und aktionsorientiert
- ICAN-Städteappell: #ICANSave meine Stadt
- Die USA, die EU und der Iran
- „Kein Krieg gegen den Iran“



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2019/Nr. **5**

Inhalt

SCHWERPUNKT

Friedens- und Umweltbewegung: Schritte zur Zusammenarbeit	3
Klima & Kapital: Notwendig ist eine Weltjugendrevolte	6
Internationale Friedensbewegungen – vernetzt und aktionsorientiert	8
ICAN-Städteappell: #ICANSave meine Stadt	10
„Kein Krieg gegen den Iran“	14

BUCHBESPRECHUNG

Politische Aktivitäten: Auch eine individuelle Herausforderung	15
--	----

BRENNPUNKT

Die USA, die EU und der Iran	12
------------------------------	----

RUBRIKEN

Flugscham für Kampfflieger?	5
„Fridays for Future“: Der Kampf um die Empörungshoheit	11
USA gegen Iran: So vernebeln große Medien die Wahrheit	13

REDAKTIONELLE INFO

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 28.8.2019
Die nächste Ausgabe geplant für den 1.11.2019

IMPRESSUM

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Internetausgabe des Friedensjournals:
auf www.frieden-und-zukunft.de
einschließlich digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Christine Buchholz, Lühr Henken,
Werner Ruf, Horst Trapp, Ewald Ziegler,
V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90
BIC: HELADEF1822

In eigener Sache

Seit Bestehen des Friedensjournals sind wir darum bemüht, möglichst kurze und prägnante Beiträge bereitzustellen. Dabei blenden wir weitgehend Quellenvermerke mit Fußnoten aus. Dieses wollen wir für die Druckausgabe vorerst auch beibehalten.

Ab dieser Ausgabe führen wir aber eine wichtige Neuerung ein. Zu jeder Ausgabe bieten wir auf der Homepage der Friedens- und Zukunftswerkstatt nicht nur wie bisher eine PDF-Fassung an, sondern eine Extraseite mit Quellenverweisen. Wir bitten deshalb um Beachtung für eine praktische Nutzung.

Handeln gegen Krieg und Umwelterstörung

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere letzte Ausgabe des Friedensjournals mit Beiträgen über Umwelt und Militär hat zu ungewöhnlich vielen Extra-Bestellungen aus örtlichen Friedensinitiativen geführt. Auch daran zeigt sich, welch hohen Stellenwert diese Thematik mittlerweile in der Friedensbewegung bekommen hat. In vielen Beiträgen der jüngsten Zeit hierzu wird deshalb appelliert, dass Friedens- und Umweltbewegung zusammen arbeiten müssen. Doch wie kann dieses praktisch erfolgen? Karl-Heinz Peil möchte mit seinem Beitrag in dieser Ausgabe Anstöße für weitere Diskussionen und praktische Schritte geben. Wie Friedens- und Umweltbewegung zusammen kommen, wird auch beim nächsten Friedensratschlag in Kassel Anfang Dezember ein zentrales Thema bei Plenumsbeiträgen und Workshops sein. Bis dahin kann hoffentlich eine positive Zwischenbilanz der sich entwickelnden aktionsorientierten Zusammenarbeit gezogen werden, die sich derzeit vor allem auf *Fridays for Future* konzentriert.

Auch mit den anderen Beiträgen dieser Ausgabe versuchen wir, weniger politische Analysen, als vielmehr die praktischen Aspekte für Aktionsorientierungen darzustellen.

Dieses gilt auch für den Beitrag von Winfried Wolf, der zwar einerseits als Analyse des Zusammenhangs von Kapital und Klima zu sehen ist, an dieser Stelle aber (auszugsweise) abgedruckt wird als Beispiel für ein Bildungsangebot. Am 21. Juni veranstalteten die Fridays for Future-Schülerinnen und Schüler in Innsbruck ein „streikendes Klassenzimmer“, wo Winfried Wolf Unterricht erteilen durfte. Dieses war für

ihn, da die inhaltliche Zusammenstellung gut ankam, wohl nicht nur für ihn eine äußerst lehrreiche Erfahrung.

Für eine Gesamtbewertung friedenspolitischer Aktivitäten ist ein Blick auf die Internationalität der Friedensbewegung notwendig. Reiner Braun gibt hierzu einen kurzen Überblick, der auf zahlreiche Anknüpfungspunkte verweist.

Vertieft werden seine Ausführungen durch den anschließenden Beitrag über den aktuell laufenden ICAN-Städteappell: #ICANSave meine Stadt.

Natürlich nicht fehlen darf bei Überlegungen zu praktischen Vorgehensweisen die aktuelle Zuspitzung um den Iran-Konflikt. Hierzu wurde auf einer Aktionskonferenz in Frankfurt am 17.8. eine Sammlung von Ideen diskutiert, die wir in dieser Ausgabe auszugsweise wiedergeben.

Es gibt natürlich viele weitere Beispiele der Aktionsorientierung, die wir in dieser Ausgabe nur ansatzweise behandeln konnten. Dazu gehören vor allem die Entwicklungen bei den Gewerkschaften. Der DGB hat in diesem Jahr für den Antikriegstag am 1. September nicht nur einen inhaltlich starken Aufruf für Abrüstung statt Aufrüstung vorgelegt, sondern auch für zahlreiche Veranstaltungen mobilisiert, mehr als in den Jahren zuvor.

Aufbruchstimmung gibt es auch bei den anstehenden Gewerkschaftstagen von IG Metall und Ver.di, was sich in zahlreichen Anträgen zu Frieden und Abrüstung niederschlägt.

Aktionsorientierte Themen zur Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften werden deshalb bei dem nächsten bundesweiten Friedensratschlag ebenfalls eine wichtige Rolle spielen.

Die Redaktion

Vorankündigung:**26. Friedenspolitischer Ratschlag am 7. und 8.12.2019
Nein zum Krieg – Abrüsten statt Aufrüsten - Atomwaffen verbieten**

u.a. mit Plenumsbeiträgen von:

Prof. Dr. Christoph Scherrer: USA – Handelskrieg und neue Kriegsvorbereitung

Dr. Margot Käßmann: Frieden entwickeln – Krieg verhindern

Frank Wernicke (Ver.di): Abrüstung und Soziales

Prof. Dr. Jürgen Scheffran: Wie schaffen wir die Sozial-ökologische Transformation?

Prof. Dr. Norman Paech: Das Atomwaffenverbot der UNO durchsetzen

Francis Würtz: Militarisierung der EU und europäische friedenspolitische Gegenwehr

Detailliertes Programm bis Mitte September auf www.friedensratschlag.de
Anmeldungen per E-Mail unter anmeldung@friedensratschlag.de

Friedens- und Umweltbewegung: Schritte zur Zusammenarbeit

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V.

Bester Klimaschutz: Kein Krieg für Öl!

Derzeit droht ein Krieg durch die USA gegen den Iran. Deshalb bestand bei einer Aktionskonferenz in Frankfurt am 17.8. auch Einigkeit darüber, die Losung "Kein Krieg für Öl" schwerpunktmäßig einzusetzen, um einen neuen Golfkrieg zu verhindern. Bekanntlich einte sich vor dem Irak-Krieg 1990-1991 die deutsche Friedensbewegung hinter der Losung "Kein Blut für Öl". Der Krieg selbst erwies sich dann auch als Umweltkatastrophe in schlimmster Ausprägung. Zunächst waren es die brennenden Ölfelder, die von irakischen Truppen in Kuwait entzündet und erst nach neun Monaten vollständig gelöscht wurden. Später entstand der Begriff des "Golfkriegs-Syndroms" durch die seitens der USA eingesetzte Uranmunition, wie auch 1999 auf dem Balkan und in wesentlich größerem Maße 2003 wieder im Irak. Uranmunition kann als die schlimmste Langzeit-Umweltkatastrophe durch Kriegsführung überhaupt bezeichnet werden. Deshalb ist Krieg die größte Katastrophe für Umwelt und Klima.

Das gilt aber bereits für die weltweite US-Militärpräsenz, die vor allem in der Golf-Region konzentriert ist. Eine im Juni 2019 veröffentlichte Studie der US-Politologin Neta C. Crawford berechnete den katastrophalen Beitrag des US-Militärs zum Klimawandel, der sich vor allem ergibt, wenn man dessen CO₂-Fußabdruck auch auf die US-Rüstungsindustrie erweitert. In der von der Brown-University in den USA herausgegebenen Studie wird darüber hinaus auch auf die paradoxe Situation des Pentagons hingewiesen. Wörtlich heißt es:

„Das Pentagon betrachtet den Klimawandel als eine Bedrohung für militärische Einrichtungen und Operationen sowie für die Sicherheit der Bevölkerung und beschäftigt sich darüber hinaus damit, ob der Klimawandel zu Massenmigration, Konflikten und Kriegen führt. Doch das Pentagon erkennt nicht an, dass sein eigener Treibstoffverbrauch wesentlich zu diesen Proble-

men beiträgt. Das Militär verwendet viel fossile Brennstoffe, um den Zugang zum Öl am Persischen Golf zu schützen. Da der aktuelle Trend darin besteht, dass die USA weniger abhängig vom Öl werden, kann es aber sein, dass diesbezügliche Missionen nicht mehr als essentiell angesehen wird und damit die Präsenz am Persischen Golf reduziert werden könnte.“

Diese Aussage ist eindeutig: Militärische Abrüstung der USA wäre eine gute Maßnahme gegen den Klimawandel und die nationale Sicherheit der USA zugleich.

"Kein Krieg für Öl" ist deshalb auch ein guter Ansatzpunkt, um für Aktionen der Friedensbewegung den Aktivitäten gegen den Klimawandel wie bei Fridays for Future auf anschauliche Weise näher zu kommen.

Gewaltige Ressourcen sind vorhanden: 100 Mrd. Euro

Doch bei aller Zuspitzung auf die drohende Klimakatastrophe durch den andauernden Einsatz fossiler Brennstoffe geht es um wesentlich mehr.

Ein einfaches Verständnis für die Gesamtheit aller Umweltprobleme und den daraus sich ergebenden dringenden, umfassenden Handlungsbedarf erschließt sich, wenn man das Volumen der umweltpolitisch fehlgeleiteten Ressourcen kennt. Das Umweltbundesamt hat bereits 2012 eine detaillierte Berechnung aller umweltschädlichen Subventionen erstellt, die für den Bundeshaushalt relevant sind und hierfür einen Betrag von 57 Mrd. Euro ermittelt, woran sich bis heute wenig geändert hat. Die größten Fehlsteuerungen erfolgen beim Straßen- und Flugverkehr sowie bei den Energiepreisen für Großunternehmen. Nach Meinung des Umweltbundesamtes sind ca. 90% dieser direkten und indirekten Subventionen klimarelevant. Hieran anknüpfend kann man den „Verteidigungshaushalt“ in ähnlicher Weise als politische Fehlsteuerung bezeichnen. Einen praktisch nachweisbaren Nutzen haben Bundeswehreinätze lediglich bei (Umwelt-) Katastropheneinsätzen im Inneren, wo

aber eine entsprechende Ressourcen-Aufstockung von Technischem Hilfswerk und Feuerwehren zielführender wäre.

Die Summe von umweltschädlichen Subventionen und unsinnigen Rüstungsausgaben kann deshalb in der Größenordnung von 100 Mrd. Euro pro Jahr beziffert werden, bezogen nur auf den Bundeshaushalt, wozu vor allem noch erhebliche EU-Mittel für ebenfalls umweltschädliche Agrarsubventionen kommen.

Was zum umfassenden Handlungskatalog gehört, ist z.B. in einem kürzlich veröffentlichten gemeinsamen 8-Seiten-Papier von Umweltverbänden unter der Überschrift "Klimakrise - Was jetzt getan werden muss" zusammen gestellt worden: Unter anderem beinhaltet dieses folgende Forderungen:

- schneller Kohleausstieg und Wechsel zu 100% erneuerbare Energien
- Verkehrswende zugunsten von Bahnfahrten, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, kommunale Verkehrswende zugunsten von ÖPNV, Fuß- und Fahrradverkehr
- Agrarwende zur Reduzierung von Massentierhaltung und Fleischkonsum
- Auf- und Umforstung der Wälder
- bezahlbarer Wohnraum mit energieeffizienten Heizungen
- Industriepolitik mit Kreislaufwirtschaft und eine intensivere bzw. geteilte Nutzung von Produkten
- Investitionsprogramm mit Abbau umweltschädlicher Subventionen, Umlenkung der EU-Agrarmittel und eine Vermögensabgabe
- CO₂-Bepreisung aufkommensneutral und sozialverträglich

Sozial-ökologische Transformation

Was zu tun ist, kann am besten mit den in mehreren Varianten erfolgenden Umschreibungen „sozial-ökologisch“ als „Wende“, (gesellschaftlicher) „Umbau“ oder „Transformation“ thematisiert. Inwieweit hierbei auch eine Schwammigkeit besteht, kann an dieser Stelle nicht weiter diskutiert werden, da viele Begriffe auch fortlaufend einen

Bedeutungswandel erleben. Konsequenz wäre jedenfalls die Forderung nach einer sozial-ökologischen Revolution. Innerhalb der Gewerkschaft IG Metall ist diese Forderung angekommen, wie die Großdemo am 29. Juni in Berlin und eine im Nachgang erstellte gemeinsame Erklärung mit Umweltverbänden aufgezeigt hat. Allerdings wird die Politik der IG Metall dadurch beeinflusst, dass etwa ein Drittel der beruflich aktiven Mitglieder in der Automobilindustrie arbeiten und deshalb eher der Umbau auf „grüne“ Technologien mittels Elektroautos damit gemeint ist, um auf diesem Wege die Rolle Deutschlands als Export-Weltmeister aufrecht zu erhalten. Das heißt: Der Ausbau von Arbeitsplätzen in der Windenergie-Branche, die ebenfalls in der IG Metall organisiert sind, gerät dem gegenüber ins Hintertreffen. „Sozial-ökologisch“ ist aber auch verknüpfbar mit Konversionskonzepten für die Rüstungsindustrie, auch wenn diese Aufgabe quantitativ und qualitativ nicht mit der Autoindustrie vergleichbar ist.

Mittlerweile erklären immer mehr Kommunen den Klimanotstand, eine zunächst symbolische Aktion und damit zunächst mal ähnlich gelagert wie der Anfang d.J. von ICAN gestartete Städteappell #ICANSave meine Stadt. Es gibt allerdings einen gravierenden Unterschied: Der kommunale Klimanotstand wird in der Regel über die bloße Symbolik hinaus zum Dach für eine Reihe von umweltpolitischen Maßnahmen der Kommune, wie z.B. die Reduzierung des Pkw-Verkehrs zugunsten von Fahrradwegen und ÖPNV. Umweltbewegte können im Unterschied zu Friedensbewegten meistens auf reale (Teil-)Erfolge verweisen.

Der gemeinsame Gegner: Das Großkapital

Ein Beispiel für die erfolgreiche Verknüpfung völlig verschiedener Themen gibt es von Winfried Wolf, der in Innsbruck bei Fridays for Future-Schülerinnen und Schülern ein „streikendes Klassenzimmer“ mit einer Unterrichtseinheit über Kapital und Klima die Themen Fleischkonsum, EU-Aufrüstung und Autoverkehr verknüpfte. (EU-Aufrüstung und PESCO sind ja innerhalb

der Friedensbewegung eigentlich ein eher sperriges Thema). Sein Fazit der „Unterrichtsstunde“ lautete: Niemand wurde überfordert. Alle gingen mit. (Siehe dazu die stark gekürzte Textfassung in dieser Ausgabe).

Um mit Jugendlichen, die sich über *Fridays for Future* politisieren, bildungsmäßig die Relevanz von Friedensthemen zu vermitteln, gibt es natürlich eine Vielzahl von Themen, die hier nur stichwortartig aufgeführt werden können:

- *Kapitalismus: Treiber für Ressourcenverschwendung und Krieg*
- *Atomenergie: sowohl zivil wie auch militärisch das größte Sicherheitsrisiko für die Menschheit*
- *UN-Nachhaltigkeitsziele: als sozial-ökologische Transformation nur mit weltweiter Abrüstung erreichbar*
- *Militär als Klimakiller – auch ohne Krieg*
- *Umweltkriege des 20. und 21. Jahrhunderts als Langzeit-Hypothek für Natur und Menschheit*
- *Militärische Altlasten in Grundwasser und auf Meeresboden als toxische Zeitbomben*
- *Bundeshaushalt als Spiegel des umfassenden Handlungsbedarf für Umweltaufgaben und Abrüstung*
- *regionale Umweltbelastungen durch Militär: nicht nur rund um die Air Base Ramstein*

Zum Verständnis des gemeinsamen Gegners gehört aber auch das Wissen um die Vorgehensweisen von einflussreichen Lobbygruppen des Großkapitals, die aktuell das Thema Klimaschutz in ihrem Sinne umdeuten, um politische Aktivitäten auszubremsen. In rechtskonservativen Medien erfolgt dieses beispielsweise mit Stichwörtern wie „Klimahysterie“, „Augenmaß“ beim Klimaschutz und „Mythen der Klimajünger“.



Grafik: BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein

Zu diesem gezielt und sehr geschickt inszenierten Lobbyismus kommt, dass sich Industrieunternehmen als beste Klimaschützer darstellen, was für Umweltbewegte seit langem unter dem Begriff „Greenwashing“ bekannt ist. Ein Beispiel dafür ist aktuell der VW-Konzern, der ungeachtet seiner kriminellen Machenschaften beim Dieselskandal sich jetzt mit Elektroautos als Vorreiter im Klimaschutz präsentiert.

Organisations-intern Themenfelder bündeln

Viele zivilgesellschaftliche Organisationen besetzen sowohl umwelt- wie auch friedenspolitische Themen. Programmatische und aktionsorientierte Verzahnung sind jedoch praktisch überall ausbaufähig.

Die Naturfreunde Deutschlands haben bereits 2017 auf ihrem Bundeskongress ein sozial-ökologisches Manifest auf den Weg gebracht, das auch auf die notwendige Verknüpfung von Umwelt- und Friedensbewegung verweist.

Für die Ärzteorganisation IPPNW spielte schon immer der enge Zusammenhang von ziviler und militärischer Nutzung der Atomenergie eine zentrale Rolle. Dazu gehört auch der Einsatz von Uranmunition, als eine der gravierendsten Umweltbelastungen durch Kriegsführung.

So heißt es z.B. in einer aktuellen Pressemitteilung der IPPNW vom 23.8. über den Klimawandel als größte Gefahr für die globale Gesundheit:

„Auch die Atomenergie, die Befürworter zunehmend wieder als Lösung der Energieprobleme des 21. Jahrhunderts propagieren, ist keine Option für eine klimafreundliche Energieversorgung. Sie ist teuer, gefährlich und eine wichtige Triebkraft für die Proliferation bzw. Verbreitung von Atomwaffen und radioaktivem Material.“

Die seit 1988 aktiven „NaturwissenschaftlerInnen in der Initiative Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (NatWiss) können auch mit anders gelagerten, aktuellen Schwerpunkten, wie den Kampf für Zivilklauseln an Hochschulen die Verbindung zu den Umweltthemen herstellen.

Attac ist an zahlreichen zivilgesellschaftlichen Bündnissen beteiligt, bei denen Umweltfragen eine große Rolle spielen, wie z.B. bei „Ende Gelände“ gegen den Braunkohleabbau am Hambacher Forst und der Lausitz. Die seit 2001 bestehende bundesweite AG *Globalisierung und Krieg* wurde in den letzten Jahren leider durch lähmende Abgrenzungsdebatten einzelner Akteure innerhalb der Gesamtorganisation in Mitleidenschaft gezogen und war bisher relativ wenig aktionsorientiert präsent.

Kirchliche Organisationen sind in ihrem politischen Engagement vor allem gegen Rüstungsexporte sowie für einen gerechten Welthandel mit einer kritischen Sicht auf die sogenannte Entwicklungshilfe für die dritte Welt aktiv. Hier sind die von der UNO beschlossenen und von 2016 bis 2030 umzusetzenden Nachhaltigkeitsziele bzw. *Social Development Goals* die Basis für eine integrierte Herangehensweise.

Im Bundestag ist die Partei Die LINKE eine relativ große Stütze für die Friedensbewegung. Sowohl innerhalb der Partei wie demgemäß auch nach außen hin spielte ökologische Kompetenz bisher hingegen keine Rolle. Aller-

dings gibt es bereits seit 1994 (über die Vorgängerpartei PDS) die *Ökologische Plattform*, von der seit 2005 zahlreiche qualifizierte Schriften zur Umweltpolitik aufgelegt wurden, die über die letzten Jahren hinweg wenig an Aktualität eingebüßt haben. Zu verdanken ist dieses überwiegend der naturwissenschaftlichen und marxistischen Expertise von Prof. Dr. Götz Brandt, der eine DDR-Sozialisation vorzuweisen hat. So erschien z.B. bereits 2011 eine sehr umfangreiche Broschüre unter dem Titel *„Im Krieg und im Frieden – Militär vernichtet Umwelt“*.

Leider wurden ökologische Themen innerhalb der Parteiführung bisher sehr geringschätzig behandelt, was vor allem dessen Verketzung mit dem sozialpolitischen Anspruch der Partei betrifft. Für die Wahrnehmung durch *Fridays for Future* gilt hingegen, dass aktuell Die LINKE in der Regierungskoalition in Brandenburg den Braunkohleabbau mit unterstützt und dadurch ein Glaubwürdigkeitsproblem hat.

Umweltverbände werden allgemeinpolitischer

Nicht zu unterschätzen sind auch die Rückwirkungen der Debatte auf die

Umweltbewegung selbst. Der Vorsitzende des BUND Hubert Weiger war von Anfang an ein wichtiger, persönlicher Unterstützer der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“. In der bereits genannten Erklärung der beiden mitgliederstärksten Naturschutz- und Umweltverbände BUND und NABU mit der IG Metall („Gemeinsame Eckpunkte“) heißt es:

Energiewende, Mobilitätswende, Wärmewende – all diese Herausforderungen werden unsere Gesellschaft, unsere Gewohnheiten und nicht zuletzt unsere Wirtschaft und Industrie stark verändern.

Sie treffen auf eine Gesellschaft, die sozial tief gespalten ist. Dies ist nicht naturgegeben, sondern das Ergebnis einer neoliberalen Regierungspolitik und gefährdet inzwischen auch die Reformfähigkeit unseres Landes.

Deshalb verwahren wir uns davor, wenn ausgerechnet die Urheber der sozialen Spaltung nun den Klimaschutz hiermit ausbremsen wollen.

Wir treten sowohl für eine effektive Klimaschutzpolitik als auch für eine aktive Politik zur Verringerung der sozialen Spaltungen ein.

Flugscham für Kampfflieger?

Plastiktüten zählen, aber über das Militär schweigen? Die Debatte über den Klimaschutz hat sich in eine Ideologie privater Verantwortung verwandelt. Sie muss politischer werden. (Thomas Steinfeld)

Für jeden Passagier, der von München nach Mallorca fliegt, werden, grob gerechnet, etwa 100 Liter Kerosin verbrannt. Die Menge erscheint als sehr groß, wenn man sie sich etwa in Kanistern abgefüllt vorstellt. Sie erscheint allerdings als winzig klein, wenn sie am globalen Ölverbrauch misst: Das amerikanische Militär, der größte einzelne Energieverbraucher der Welt, verbraucht 48 Millionen Liter Öl pro Tag, was etwas weniger als einem Siebel des gesamten deutschen Ölverbrauchs entspricht oder ungefähr so viel ist, wie ganz Schweden in derselben Zeit vernutzt.

Bei allen Vorschlägen, die gegenwärtig zur Verminderung des Kohlendioxidausstoßes kursieren, ist allerdings nie vom Militär die Rede. Das Politische erscheint in der Debatte um eine Verminderung des Klimawandels ins Private verschoben, und während jenes offenbar als nicht verhandelbar erscheint, sind der Fantasie des Energiesparens im Leben des Einzelnen offenbar keine Grenzen gesetzt. [...]

Viel zu selten wird erwähnt, dass die Verursacher des Klimawandels bis auf Weiteres auch dessen Profiteure sind

(während sie zugleich eine Art Vormundschaft für ökologisch minder aufgeklärte Nationen beanspruchen), wie auch kaum ein Wort darüber fällt, wer überhaupt woran ein ökonomisches oder politisches Interesse hat: Warum zum Beispiel, will kein Berufspolitiker den Güterverkehr ernsthaft auf die Bahn verlagern? [...]

"Als Bürger können wir entscheidend zur Nachhaltigkeit beitragen: weniger Fleisch, weniger Fernreisen, weniger tonnenschwere Personenwagen", erklärte der neue Leiter des Umweltbundesamtes Dirk Messner. Über die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene oder über das Militär sprach er nicht.

Wahr ist jedenfalls, dass viele Menschen, die ihr ökologisches Gewissen damit zu beruhigen suchen, dass sie den Klimawandel primär als moralische Forderung an die private Lebensführung deuten, die schlimmeren künftigen Katastrophen vermutlich nicht mehr erleben werden. Wahr ist ferner, dass die Wahrscheinlichkeit, sie zu erleben, in dem Maße steigt, je jünger ein Mensch ist. Wahr aber auch, dass die Verwandlung eines globalen politischen Problems in eine Ideologie der persönlichen Verantwortung die beste Garantie dafür ist, dass alles so weitergeht wie bisher: moralisch, aber begriffslos. Die Debatte wird politischer werden müssen.

Quelle: Süddeutsche Zeitung vom 22.8.2019

Klima & Kapital: Notwendig ist eine Weltjugendrevolte

von Winfried Wolf, Chefredakteur und Herausgeber von Lunapark 21

Foto: Demo am 15.3.2019 in Leipzig, Quelle: De Havilland / Flickr



Eine Vorbemerkung vorweg: Als ich begann, mich politisch zu engagieren und – so wie ihr heute – für eine andere, für eine solidarische Welt zu kämpfen, da war ich zwei oder drei Jahr älter als ihr hier auf dem Platz. Damals, 1967/68, gab es auch eine weltweite Jugendbewegung, auch „Studentenrevolte“ und „Jugendrevolte“ genannt. Damals engagierten sich Millionen auf der Welt gegen den Krieg in Vietnam. Die damalige Jugendrevolte hat positive Auswirkungen bis heute. Danach gab es viele Bewegungen, für die wir, die „68er“, sich engagierten. Oft war es aber so, dass die, die nun auf die Straßen gingen und Plätze besetzten, immer älter wurden. Doch wir sagten immer: Notwendig ist eine neue Jugendrevolte. Die jungen Menschen müssen für ihre Zukunft und für ihre Interessen selbst eintreten – nur dann gibt es die Chance, dass sich etwas grundsätzlich zum Positiven verändert.

Dass wir einen Klimanotstand haben, wird dann klar, wenn wir zwei Jahreszahlen miteinander vergleichen: 1992 und 2019. 1992 gab es einen Bericht des damals relativ jungen International Panel on Climate Change (IPCC). Dieser Klimarat der Vereinten Nationen, der UN, stellte zu diesem Zeitpunkt erstmals überzeugend fest: Der Klimawandel ist menschengemacht. Verantwortlich dafür sind vor allem die hohen und ansteigenden

CO₂-Emissionen. Diese haben mit dem industriellen Wachstum, mit dem Energieverbrauch und mit der Expansion von Auto- und Flugverkehr zu tun. Es muss, so der IPCC damals, alles getan werden, um die CO₂-Emissionen massiv zurückzuführen.

Seither gab es ein knappes Dutzend Klimakonferenzen. So in Kyoto, Kopenhagen, Paris. Die jüngste fand in Katowice in Polen im vergangenen Dezember statt. Dort, in Katowice, wurde festgestellt: Gegenüber 1992 sind auf Weltebene die CO₂-Emissionen um 50 Prozent angestiegen. Es fand das Gegenteil von dem statt, was 1992 als notwendig angesehen wurde. Und diese Emissionen steigen weiter an – in jüngerer Zeit sogar wieder in Europa.

Es ist ja so: Zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland und Österreich – und ähnlich wohl auch Europa-weit – wissen, wie dramatisch die Klima-Lage ist. Und es ist auch so, dass es längst gute Pläne dafür gibt, wie man die CO₂-Emissionen radikal reduzieren könnte. Notwendig dafür wären ein schneller Ausstieg aus der Kohle-Verbrennung, eine umfassende Energie- und eine radikale Verkehrswende und eine massive Reduktion des Fleischkonsums und damit zusammenhängend eine radikal veränderte Landwirtschaft, eine Agrarwende.

Doch es findet das Gegenteil statt.

Womit ich beim Kern des Themas bin. Um die Klimaerwärmung zu verstehen, muss man die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung verstehen, in der wir leben. Es handelt sich nicht um eine Gesellschaftsordnung, in der die menschlichen Bedürfnisse im Zentrum stehen. Es handelt sich um eine Gesellschaftsordnung, in der der Profit und das fortgesetzte Wachstum – die Maximierung von Profit und die Steigerung von Wirtschaftswachstum – im Zentrum stehen. Ja, Profitexpansion und Wirtschaftswachstum um jeden Preis sind die entscheidenden Triebkräfte dieser Wirtschaftsordnung. Das geht bis zur Gefahr der Selbstzerstörung.

In dieser Gesellschaftsordnung gibt es Demokratie nur auf formaler Ebene – bei Wahlen zu Vertretungen auf kommunaler, auf Landes- und Bundesebene. In der Wirtschaft selbst gibt es keine Demokratie. Da herrschen die großen Konzerne und Banken und Versicherungen. Und die privaten Eigentümer und Großaktionäre dieser Wirtschaftseinheiten. Auf Weltebene sind das weiterhin vor allem Öl- und Auto-konzerne, die die Machtstruktur bestimmen. Wir leben also in einer Wirtschaftsordnung, die durch ein zerstörerisches Wachstum das Gegenteil dessen produziert, was eigentlich stattfinden sollte.

Beispiel Fleischkonsum

Wenn wir das EU-weit überschlägig berechnen, dann werden Jahr für Jahr viele Hunderttausend, wenn nicht Millionen Tiere lebend durch Europa gekarrt. Und dann irgendwo, wo es besonders billig ist, geschlachtet. Warum passiert so etwas? Von der Quälerei profitieren die Bauern, die Landwirtschaft, das Lkw-Gewerbe, die Schlachthöfe, die wiederum Billigarbeitskräfte beschäftigen. Wahrscheinlich spielen auch Subventionen eine Rolle, die damit kassiert werden, was mit zum verlängerten Leiden der Tiere beiträgt. Das Ganze ist ein Beitrag zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union. Zerstörung, Tierquälerei und Transportinflation –

all das gilt in der BIP-Rechnung als Plus. Wenn man jetzt zu dem gesamten Irrsinn noch den Umstand hinzu nimmt, dass diese Kälber ja oft mit Soja gefüttert werden, dass Soja aus Südamerika importiert und nach Europa transportiert wird ... dann wird nochmals deutlicher, welcher zerstörerische und tödliche Kreislauf das ist.

Beispiel EU-Aufrüstung

Im Dezember 2017 wurde innerhalb der EU die Staatengemeinschaft PESCO gegründet. 23 von 25 EU-Mitgliedsstaaten schlossen sich dem Bündnis an. Malta und Dänemark nicht – diese beiden Länder weigerten sich mitzumachen. Sich zu weigern, war und ist also möglich. Doch Österreich und Deutschland sind dabei. Was ist PESCO? PESCO ist ein Zusammenschluss zur Militarisierung der EU, in dem unter anderem fest vereinbart ist: Jahr für Jahr müssen die PESCO-Staaten mehr für Rüstung ausgeben als jeweils im Vorjahr. Und warum wird das gemacht? Bedroht uns ein Feind? Das ist unsinnig – es gibt keinen Feind. Ein wesentlicher Grund dafür ist: Es gibt große Rüstungskonzerne in der EU, die Wachstum und Rüstungsexporte fordern. In ganz Europa bringt es der Rüstungssektor auf einen Anteil von 2,5 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts. Rechnet man das Militär mit gut 1,7 Millionen Soldaten in den EU-Staaten dazu, dann bringt es der Bereich Militär und Rüstung auf rund 5 Prozent des EU-BIP. Das ist ziemlich exakt das Niveau der Bildungsausgaben (in Deutschland: 4,8; in Österreich: 5,5 Prozent). Das heißt: Unsere Länder geben ähnlich viel für Rüstung und Militär aus wie für Bildung. Ähnlich viel für die Förderung von Zerstörung und Krieg wie für die Förderung von Kindern und Ausbildung. Wobei wir dann oft noch Waffen in Länder liefern, die Krieg führen und die Menschenrechte auf das Größte missachten. So nach Saudi Arabien. Übrigens: Studien besagen, dass das Militär einer der größten Produzenten von CO₂, also von Klimaerwärmung, ist.

Beispiel Autoverkehr

Offensichtlich stecken die Autokonzerne mit „Dieselgate“ in einer tiefen

Glaubwürdigkeitskrise. Und was hören wir jetzt? Das alles sei kein Problem – man habe ja jetzt die Lösung. Und die Lösung heiße „Elektromobilität“. Tatsächlich sind auch Elektroautos nicht emissionsfrei. Warum aber wird es dennoch als „DIE Lösung“ propagiert? Vor allem, weil die Autolobby das so will. Weil damit die aktuelle Glaubwürdigkeitskrise überwunden oder vergessen wird. Weil damit die Autokonzerne zusätzlich verdienen. Weil die Staaten massiv unter Druck gesetzt wurden, um die „Elektromobilität“ unter Verweis auf „Man muss was tun gegen die Klimaerwärmung“ kräftig durch Steuersubventionen zu fördern.

Die Bilanz bei den drei Beispielen Fleischkonsum, EU-Aufrüstung und aktuelle Autoindustrie lautet: Es ist das bestehende Wirtschaftssystem, das zerstörerisches Wachstum fördert und das wesentlich für die Klimaerwärmung verantwortlich ist. Die reale Politik läuft exakt konträr zu unseren Zielen. Wir fordern weniger Fleischkonsum – doch Fleisch wird immer billiger, ist Massenware, ist mit enormen CO₂-Emissionen verbunden. Wir fordern: Stoppt die Rüstung – steckt das Geld vor allem in Kindergärten, Schulen und Bildung. Das Gegenteil findet statt – EU-weit steigen die Rüstungsausgaben, ja, man hat sich auf einen Mechanismus mit Namen PESCO festgelegt, mit dem diese Rüstungsausgaben steigen müssen. Wir fordern: Reduziert den Autoverkehr! Stattdessen wird mit dem E-Auto gerade dort die Autodichte nochmals gesteigert, wo Autos am wenigstens etwas zu suchen haben: in den Städten. Übrigens auch dort, wo es längst ausreichend Möglichkeiten gibt, sich anders zu bewegen und mobil zu bleiben: zu Fuß, per Fahrrad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln wie der Tram.

Jetzt könnte man sagen: Aber es gibt doch „die Politik“ mit freien Wahlen. Kann man da nicht etwas ändern und eine aktive Klimapolitik betreiben? Meine Antwort lautet: Alle bestehenden Parteien werden in dieser Wirtschaftsordnung in erster Linie der Macht der Konzerne folgen. Sie werden nur dann unsere Interessen verfolgen oder im Interesse von Umwelt und Klima handeln, wenn ihnen massiver Druck gemacht

wird – z.B. durch diese aktuelle Klimabewegung Fridays for Future.

Und was ist mit den anderen Parteien? Was mit der Linken in Deutschland? Was mit den Grünen? Ich möchte nicht bestreiten, dass es in diesen Parteien verantwortungsbewusste Leute gibt. Dennoch muss ich feststellen: Immer dann, wenn diese Parteien in diesem System mit-regieren dürfen, verfolgen sie in der Regel eine Politik, die dem eigenen Programm und die unseren Interessen widerspricht.

Zurück zum Ausgangspunkt meiner Rede. Zur Klimaerwärmung und zur erforderlichen Weltbürgerbewegung oder einer Weltjugendrevolte.

Der Gründer des Potsdam Institut für Klimaforschung, Professor Hans Joachim Schellngruber, sagte jüngst: „Wir steuern in einem Irrsinnstempo auf eine unbeherrschbare globale Situation zu“ – nämlich auf eine Klimakatastrophe. Er habe drei Jahrzehnte lang geglaubt, die „Politik“ würde schon irgendwann eine aktive Klimapolitik betreiben. Doch diesen Glauben habe er verloren. Und er folgerte: Nur eine „Weltbürgerbewegung“ könne die sich abzeichnende Klimakatastrophe – gewissermaßen zwei vor zwölf – noch stoppen.

Wir sagen: Das hier – die Bewegung Fridays for Future und die Aktive von „Extinction Rebellion“ – sind ein Ansatz für eine solche Weltbürgerbewegung. Allerdings werden die jungen Leute nicht das , Klima retten. Genau auf diesen Aspekt ging Greta Thunberg in einem Interview mit der „Financial Times“ wie folgt ein: „Die Leute sagen: „Oh, die Kids retten uns“. Das ist Unsinn. Das tun wir nicht. Wir sind viel zu jung, um etwas bewirken zu können. Wir haben nicht mehr die Zeit abzuwarten, bis wir groß und in der Lage sind, Vergleichbares zu bewerkstelligen. Nein – das müssen andere tun. Die Leute, die heute die Macht haben, die müssen das tun.“

Die Fridays for Future-Schülerinnen und Schüler fordern nicht etwas weniger Plastik. Sie wollen nicht ein paar Elektroautos. Diese Bewegung fordert eine Gesellschaft, in der anstelle von Profitgier, Konzerninteressen und Klimazerstörung das Klima, die Menschen und die Solidarität im Mittelpunkt stehen.

Internationale Friedensbewegungen – vernetzt und aktionsorientiert

von Reiner Braun, Co-Präsident des Internationalen Friedensbüros (IPB)



Quelle: Wikipedia

Die „modernen“ Friedensbewegungen der letzten 150 Jahre (Friedensaktivitäten und Friedensengagierte hat es in der Geschichte immer gegeben) waren schon immer international. Die ersten großen Friedenskongresse Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – noch maßgeblich von Berta von Suttner mit gestaltet - waren internationale Friedensereignisse. Die Proteste und die Ablehnung gegen den heraufziehenden ersten Weltkrieg zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren international, ebenso wie der „Verrat“ an der Anti-Kriegsposition 1914 durch die Sozialdemokratie.



Ein Vorzeigebispiel für Internationalität ist sicher das 1891 gegründete, 1910 mit dem Nobelpreis ausgezeichnete Internationale Friedensbüro (IPB), das aktuell größte internationale Friedensnetzwerk. IPB umfasst zur Zeit ca. 400 internationale und nationale Mitgliedsorganisationen sowie Netzwerke in 75 Länder. Das IPB war und ist an vielen der internationalen Kooperationen aktiv beteiligt

Weitere internationale Organisationen, die in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts entstanden:

- Womens international International League for Peace and Freedom (WILPF), gegründet 1915

- die War Resisters International (WRI), gegründet 1932.

Eher marginale Bedeutung hat heute das World Peace Forum, das 1950 gegründete wurde und damals den bedeutenden Stockholmer Appell gegen Atomwaffen (mit)initiierte.

Aufzuführen ist sicher auch noch die internationale Zusammenarbeit in kirchlichen Bereichen. Erwähnt sei nur pax christi international, church and peace und IFOR (International Fellowship of Reconciliation, internationaler Versöhnungsbund)

Vernetzungen und gemeinsame Aktionen hat es vor allem in den 80er Jahren in den Auseinandersetzungen um die Stationierung neuer US- Mittelstreckenraketen gegeben. Erinnert sei nur an den END (European Nuclear Disarmament), eine blockübergreifende Friedensbewegung, die sich für eine europaweite atomwaffenfreie Zone von Polen bis Portugal einsetzte.

Zentrale Handlungsfelder der internationalen Friedensbewegungen waren und sind:

- die Abschaffung aller Atomwaffen
- eine Welt ohne Krieg und damit das Eintreten für zivile Konfliktlösungen, Dialog, Verhandlungen und Entspannungspolitik
- die weltweite Ablehnung innerer und äußerer Militarisierung

Zentrale Höhepunkt dieser Internationalität in den letzten Jahren waren:

Irak-Krieg 2003

Die weltweiten Protestaktionen am 15.02.2003 gegen den bevorstehenden völkerrechtswidrigen Krieg der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak mobilisierten weltweit mehr als 15 Millionen Menschen. Die New York Times sprach damals von der Friedensbewegung als „zweite Supermacht“. Dieses waren mit ca. 15 bis 18 Millionen Beteiligten die größten jemals stattgefundenen international koordinierten gemeinsamen Protestaktionen. Neue Organisationen, Netzwerke

und Vernetzungen entstanden infolge dieser Aktionen.



ICAN: Friedensnobelpreis

Der Friedensnobelpreis 2017 ging an ICAN, ein weltweites Netzwerk, das den Preis für die vielfältigen, überall und immer wieder stattfindenden Aktionen gegen Atomwaffen bekommen hat. Der Atomwaffenverbotsvertrag und seine Entstehungsgeschichte sind ein Beispiel nicht nur der Kooperation internationaler und nationaler Anti-Atomwaffenorganisationen, sondern deren Kooperation mit Atomwaffen-kritischen Parlamentariern und Regierungen. Erstmals waren bei UN-Verhandlungen Vertreter aus der Friedensbewegung und der Zivilgesellschaft direkt an den Verhandlungen und Diskussionen um den Vertragsentwurf im Rahmen der UN beteiligt.

Die Kompetenz u.a. von ICAN, der IPPNW und der IALANA haben den Vertrag deutlich mitbestimmt. Hier ist eine neue Koalition im Entstehen, die auch bei ändern mit der UN verbundenen Friedensfragen neue Möglichkeiten und Chancen eröffnet. Ohne die internationale Vernetzung und enge Kooperation über alle Kontinente hinweg, hätte es auch niemals den Atomwaffenverbotsvertrag gegeben. Auch für sein Inkrafttreten ist genau diese internationale Zusammenarbeit weiterhin notwendig.

Ein wichtiger Pfeiler internationaler Anti-Atomwaffenaktivitäten ist auch das weltweite Netzwerk „Abolition 2000“ mit mehr als 2000 unterstützenden Organisationen, das 1995 gegründet und sich unermüdlich für die Abschaffung der Atomwaffen engagiert. Die nächsten großen Herausforderungen sind die geplanten Aktionen zur turnusmäßigen UNO-Folgekonferenz zum Atomwaffensperrvertrag, der seit 1970 völkerrechtlich verbindlich in Kraft ist und zum 75. Jahrestag des

Bombenabwurfes auf Hiroshima und Nagasaki, der 2020 ansteht. Dazu gehören eine Weltkonferenz gegen Atomwaffen und die Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages im April 2020 in New York.

Vertrag gegen Landminen

Vielleicht einer der größten Erfolge internationaler Vernetzung war die von einer internationalen Koalition erreichte „Konvention zum Verbot von Landminen (Anti-Personnel Mine Ban Convention), oft einfach Ottawa-Vertrag genannt. Bei aller Begrenztheit dieser Konvention ist sie ein wichtiger Schritt, um diese grausamen Minen zu verbieten.

Die internationale Landminenkoalition wurde für ihre Friedensarbeit mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Eine ähnliche Koalition erreichte 2008 ein Verbot der „Cluster Munition“ (Streumunition).

No to war – No to NATO

Vielfältige internationale Aktionen wurden gegen die NATO organisiert - seit 2009 maßgeblich durch das internationale Netzwerk „No to war – No to NATO“. Alle NATO-Gipfel seit 2009 wurden mit Aktionen „Begleitet“. In ersten Ansätzen ist eine Delegitimierung der NATO als das! aggressive Kriegsbündnis der Welt durchaus gelungen.

Die letzten Aktionen im Mai 2017 und 2018 in Brüssel waren quantitativ und qualitativ durchaus beeindruckend. Der nächste NATO-Gipfel im Dezember 2019 in London ist angesichts der dramatischen Aufrüstung eine besondere



Herausforderung.

Global Campaign on Military Spending

Die weltweiten Rüstungsausgaben, die 2018 auf über 1,8 Milliarden Dollar gestiegen sind, erfordern zwingend eine internationale Kooperation für Abrüstung. Diesem Ziel widmet sich seit 5 Jahren das Netzwerk GCOMS (Global

Campaign on Military Spending), initiiert von IPB, ist es heute mit Unterstützern in über 30 Länder aktiv. Dieses Netzwerk sollte sicher angesichts von 1,8 Billionen Rüstungsausgaben noch deutlich erweitert werden.

Gewerkschaften

Eine zunehmend größere Bedeutung in der Ablehnung der wahnwitzigen Rüstungsausgaben spielen verschiedene Kooperationen mit den internationalen Gewerkschafts-Dachverbänden. Insbesondere mit dem Netzwerk UNI Global Union (26 Millionen Mitglieder) und dem Weltgewerkschaftsbund (ITUC) muss die aktuelle Zusammenarbeit verstetigt und ausgebaut werden.

Gegen Militärbasen weltweit

Neu entwickelt hat sich in den letzten Jahren, maßgeblich angestoßen durch die Kampagne „Stopp Air Base Ramstein“, eine internationale Vernetzung gegen die Militärbasen. Auf den Konferenzen in Dublin und Ramstein 2019 wurde die internationale Kooperation hin zu einem aktiven, neuen internationalen Anti-Basen-Netzwerk intensiviert und konkretisiert.



GLOBAL NET STOP THE ARMS TRADE

Gegen Rüstungsexporte

Neugegründet hat sich 2017 das Netzwerk „Global Net Stop The Arms Trade“, das eindrucksvoll den Rüstungsexport durch das Zeigen der Täter und Opfer weiter delegitimiert und eine gute Ergänzung und Unterstützung für das internationale Netzwerk gegen Rüstungsexport ENAAT ist. ENAAT (European Network Against Arms Trade) ist seit Jahren aktiv gegen Waffenhandel und Rüstungsexport.

Erwähnt sei auch noch – auch weil es eine internationale Zusammenarbeit von entwicklungs- umwelt- und friedenspolitischen Organisationen und Initiativen umfasst. das asiatisch-europäische Netzwerk „Asian-European Peoples Forum“ das die zweijährig stattfindenden Asien-EU Gipfel mit Veranstaltungen kritisch begleitet.

Diese Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit (es fehlen

z.B. genauere Informationen zu den immer wieder stattfindenden internationalen Friedensmärschen, so auch 2020 von New Delhi nach Genf), sie soll auch nur einen Einblick in die Internationalität der Friedensbewegung und der Friedensaktionen geben, die diese mit wenigen materiellen Ressourcen unter großem Engagement entwickelt hat und aufrecht erhält.

Internationale Vernetzung: noch viel Luft nach oben

Die internationale Zusammenarbeit auch mit anderen sozialen Bewegungen (Attac, Weltsozialforen, Solidaritätsbewegungen, etc.) sollten und müssen angesichts der Kriege, der wahnwitzigen Aufrüstungs- und Konfrontationspolitik entwickelt bzw. weiter ausgebaut und gestärkt werden.

Dabei muss auch über neue Formen und Strukturen nachgedacht werden. Wo ist die internationale Vernetzung gegen die täglich tötenden völkerrechtswidrigen Sanktionen oder die Konfrontationspolitik gegen Russland, die auch entspannungspolitisch orientierte Initiativen in Ost- und Südeuropa einschließt?

Wie arbeiten wir aktiver gemeinsam gegen die europäische Militarisierung zusammen?

Haben wir schon alle Möglichkeiten der Zusammenarbeit der Friedensbewegung mit den globalisierungskritischen Bewegungen, mit Anti-Rassismus-Initiativen und Flüchtlingsorganisationen genutzt?

Friedens- und Umweltbewegung

Nicht neu aber immer unerbittlicher kommt auf die Tagesordnung die Zusammenarbeit mit den Umwelt- und Klimaschutzbewegungen.

„System change instead of climate change“ könnte auch für viele in den internationalen Friedensbewegungen attraktiv sein. Die inhaltlichen verbindenden Punkte liegen auf der Hand: wachsende Konflikte und Kriege durch anschwellende Umweltprobleme, Flüchtlinge und Zerstörungen liegen auf der Hand. Militär ist der größte Klimakiller. Friedens- und Umweltbewegung müssen auch international wieder mehr und kontinuierlicher zusammenfinden.

ICAN-Städteappell: #ICANSave meine Stadt

von ICAN Deutschland

International ruft ICAN Städte dazu auf, den Vertrag zum Verbot von Atomwaffen zu unterstützen. Große Städte in Nordamerika, Europa und Australien haben den Appell schon unterzeichnet, der wie folgt lautet:

“Unsere Stadt/unsere Gemeinde ist zutiefst besorgt über die immense Bedrohung, die Atomwaffen für Städte und Gemeinden auf der ganzen Welt darstellt. Wir sind fest überzeugt, dass unsere Einwohner und Einwohnerinnen das Recht auf ein Leben frei von dieser Bedrohung haben. Jeder Einsatz von Atomwaffen, ob vorsätzlich oder versehentlich, würde katastrophale, weitreichende und lang anhaltende Folgen für Mensch und Umwelt nach sich ziehen. Daher begrüßen wir den von den Vereinten Nationen verabschiedeten Vertrag zum Verbot von Atomwaffen 2017 und fordern die Bundesregierung zu deren Beitritt auf.“

Warum sollten sich Städte dem Appell anschließen?

Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung für Städte dar. Sie sind im Ernstfall die primären Ziele eines atomaren Angriffs. Damit sind Städte direkt betroffen und sollten sich deshalb in die Diskussion zu dieser Frage einmischen. Atomwaffen sind konzipiert, um Menschen und Infrastruktur gigantischen Schaden zuzufügen. Die sogenannte nukleare Abschreckung basiert auf der Drohung, die wichtigsten Orte eines Landes anzugreifen.



Alle Atomwaffenstaaten und ihre Bündnispartner nehmen diese Bedrohung im Kauf und sehen den Einsatz mit Atomwaffen als legitime Verteidigungsstrategie.

Damit setzen diese Staaten ihre Bürger und Bürgerinnen der Vernichtungsgefahr aus. Immer wieder sind wir in der Vergangenheit an einem Atomkrieg vorbeigeschrammt. Städte tragen eine besondere Verantwortung für den Schutz ihrer Bewohnerinnen und Bewohner. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass sie sich gegen Atomwaffen aussprechen.

Das Engagement von Städten ist wichtig, um Druck auf die Bundesregierung auszuüben, damit diese auf den Willen der Bevölkerung achtet. Wenn Städte die Regierung dazu auffordern, dem Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beizutreten, ist dies eine spürbare Mahnung, dass die hier in Deutschland lebenden Menschen Massenvernichtungswaffen ablehnen. Die Bundesregierung ignoriert diese Sicht bisher.

Ein neues Bündnis von Städten weltweit stärkt die Stimmen der Menschen überall und setzt alle Regierungen dieser Welt unter Druck, jegliche Beteiligung an der atomaren Abschreckung und jegliche Verstrickung in Atombombengeschäften zu unterlassen.

Was kann ich tun?

Sie können die Verantwortlichen Ihrer Stadt auffordern, sich dem Appell anzuschließen. In jeder Stadt sieht der Weg anders aus, also muss man sich zunächst fragen, wie das genau geht, beispielsweise durch eine Fraktion oder einen Ausschuss.

Wenn Sie nicht so viel Zeit haben, können Sie uns auch bei dieser Aktion helfen, indem Sie einfach auf Facebook, Twitter oder Instagram ein Foto eines Ortes in Ihrer Stadt, den Sie lieben, posten. Schreiben Sie dazu #ICANSave und dahinter den Namen Ihrer Stadt.

Wenn sich Ihre Stadt dem Appell anschließen will, schicken Sie eine 5.1 an uns mit dem Beschluss des Stadtrats oder Senats und wir nehmen sie in unserer Liste auf.

Städte in Deutschland, die den Appell unterzeichnet haben:

Altena, vom Bürgermeister Dr. Andreas Hollstein unterschrieben, 9.8.2019
Aschaffenburg, Stadtratsbeschluss, 24.6.2019

Berlin, Beschluss des Abgeordnetenhauses am 9.5.2019

Bochum, Stadtratsbeschluss, 11.7.2019

Braunschweig, Stadtratsbeschluss, 25.6.2019

Bremen, Senatsbeschluss, unterzeichnet durch den Bürgermeister Carsten Sieling, 2.4.2019

Dortmund, Stadtratsbeschluss vom 28.3.2019

Düren, Stadtratsbeschluss, 3.7.2019
Düsseldorf, Ratsbeschluss, 11.4.2019

Erlangen, Stadtratsbeschluss, 29.5.2019

Essen, unterschrieben vom Oberbürgermeister Thomas Kufen am 16.5.2019

Flensburg, Ratsbeschluss am 16.5.2019

Freiburg, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Horn, 30.4.2019

Fürth, Stadtratsbeschluss, 22.5.2019
Göttingen, Ratsbeschluss, 15.3.2019; vom OB Rolf-Georg Köhler unterzeichnet, 23.7.2019

Hanau, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 17.6.2019

Hannover, Ratsbeschluss am 25.4., Unterzeichnung durch Bürgermeister Hermann am 9.5.2019

Herne, Ratsbeschluss, 9.4.2019
Hilchenbach, Stadtratsbeschluss, 26.6.2019

Ilmenau, Stadtratsbeschluss, 25.4.2019

Kaiserslautern, Ratsbeschluss, 15.4.2019

Kassel, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 20.5.2019

Kiel, Stadtratsbeschluss vom 16.5.2019

Köln, unterzeichnet durch die Oberbürgermeisterin Henriette Reker, 5.3.2019

Krefeld, Stadtratsbeschluss, 4.7.2019
Lindau, Stadtratsbeschluss, 16.7.2019

Maintal, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung 11.6.2019

Mainz, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Michael Ebling, 2.2.2019

Marbach, vom Bürgermeister Trost unterzeichnet, 02.7.2019
 Marburg, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22.2.2019
 Mörfelden-Walldorf, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 9.4.2019
 München, unterzeichnet durch Oberbürgermeister Dieter Reiter, 12.3.2019
 Naumburg, Gemeinderatsbeschluss, 17.4.2019
 Neustadt/Aisch, Stadtratsbeschluss, 05.7.2019
 Nürnberg, Ratsbeschluss, 22.5.2019
 Potsdam, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, unterzeichnet durch den Oberbürgermeister Mike Schubert, 6.3.2019

Reinheim, Beschluss der Stadtverordnetenversammlung, 22.3.2019
 Schwalbach, Magistratsbeschluss, 29.4.2019
 Schwerin, Beschluss der Stadtvertretung, 8.4.2019
 Siegen, Ratsbeschluss, 19.6.2019
 Solingen, Stadtratsbeschluss, 4.7.2019
 St. Ingbert, Stadtratsbeschluss, 11.7.2019
 Trier, unterschrieben vom Oberbürgermeister Wolfram Leibe, 9.7.2019
 Tübingen, Gemeinderatsbeschluss, 2.5.2019
 Wiesbaden, Beschlossen vom Magistrat, 20.2.2019
 Wuppertal, Stadtratsbeschluss, 8.7.2019

Landkreise:
 Werra-Meißner-Kreis, Kreistagsbeschluss, 20.5.2019
 Kreis Groß-Gerau, unterschrieben vom Landrat Thomas Will, 8.7.2019

Landtage:
 Rheinland-Pfalz, 22.8.2019

Die durch die Stadtverordneten, Oberbürgermeister*innen, Magistrate, Stadt- und Gemeinderäte, Kreistage und Abgeordneten Häuser vertretene Bevölkerung repräsentiert derzeit 17% der Gesamtbevölkerung Deutschlands.

»Fridays for Future«: Der Kampf um die Empörungshoheit

Von 1968 an über die 1970er und 80er Jahre bis zur Jahrtausendwende und der Gründung von Attac kam die Empörung im Lande, zumal als Protest auf der Straße, zumeist von links. Und noch das „Empört Euch!“, das der französische Résistance-Kämpfer und Diplomat Stéphan Hessel zum Ende seines Lebens verlangte, war eine scharfe, linke Kritik des internationalen Finanzkapitalismus, gerichtet gegen „die Werte des Geldes und der Verschwendung“.

Doch in den letzten Jahren – spätestens seit dem Aufkommen von Pegida 2013 und der großen Wutwelle im Gefolge der globalen Flucht – ist der Protest nach rechts gewandert, hat die Empörung die Seiten gewechselt. Das linke „Empört Euch!“ wurde von einem rechten verdrängt. Zu hören waren nur noch die „besorgten Bürger“. Gleichzeitig wurde die linke Kritik immer stärker marginalisiert.

Und ein Weiteres kam hinzu: Angesichts der massiven Angriffe von rechts sahen sich die linken wie liberalen Kräfte in den letzten Jahren vor allem zur Verteidigung der demokratischen Institutionen aufgerufen. Jede weiterreichende Gesellschafts- oder gar Kapitalismuskritik trat demgegenüber in den Hintergrund. Auch deshalb waren die letzten drei Jahre klimapolitisch verlorene Jahre. [...]

Mit ihrer stark ironischen Haltung hat sich die Jugend in den vergangenen Jahrzehnten selbst entwaffnet und ihrer vielleicht wichtigsten Ressource begeben – nämlich des moralischen Rechts, mit vollem Ernst im Namen und als Vertreter der Zukunft zu sprechen.

Hierin aber besteht gerade die Stärke der Auftritte von Greta Thunberg. Sie spricht in einem seit Langem nicht mehr gehörten Ton der existenziellen Ernsthaftigkeit, der allein der gegenwärtigen Lage angemessen ist. Indem sie, wie auch die Jugendlichen bei „Fridays for Future“, verlangt, die Probleme in ihrer ganzen Dramatik zur Kenntnis zu nehmen, setzt sie Moral und Ernst gegen die herrschende Haltung, die sich mit Ironie gegen die Angst vor der Zukunft immunisiert.[...]

Pubertär ist die herrschende Gegenwart der rasenden Spaßgesellschaft, die ihr „erwachsenes“ TV-Publikum jeden Abend aufs Neue infantilisiert. Auch auf diese Unfähigkeit der Erwachsenen, die radikale Lage in aller Klarheit zu benennen, gibt Greta Thunberg die richtige Antwort. „Sie sind nicht erwachsen genug, um das so zu formulieren. Selbst diese Bürde überlassen Sie uns Kindern.“ [...]

Worauf es ankommt, ist der Griff nach der Notbremse, der die fatale Kontinuität unterbricht. Diese Erkenntnis, dass es so wie bisher nicht weitergehen kann und darf, ist von bestechender Aktualität.

Ohne eine radikale Veränderung werden wir weiter das Klima anheizen, werden sich immer mehr Menschen im Süden in Bewegung setzen. Ohne eine Politik des Zurück, des Weniger, bei der alle unsere Preise – von Benzin und Kerosin bis zu den Lebensmitteln – die ökologische Wahrheit sagen, werden wir die Herausforderungen nicht bewältigen, und schon gar nicht mit den My-country-first-Methoden der Rechtspopulisten und Klimaleugner.

„Solange wir uns nicht solidarisch erklären mit allen anderen auf diesem Planeten, werden wir globale Ausgleichsströmungen haben. Das wird das Problem der Zukunft sein. Zusammen mit dem Klimawandel, der ja auch ein Migrationsproblem ist“, stellt der populäre Astrophysiker Harald Lesch fest. „Wir dachten immer, wir könnten unsere Abfälle in die Meere, die Atmosphäre oder den Boden entsorgen, jetzt kommt die Retourkutsche. Wir haben auf viel zu großem Fuß gelebt und merken allmählich, dass die Party vorbei ist“.

Doch so sehr speziell die Aufgeklärten unter den Jugendlichen merken, dass die Party vorbei ist, geht diese faktisch unvermindert weiter – denn Tausende wollen weiter feiern und damit glänzende Geschäfte machen. Alles mit dem Ziel, dass sich nichts an unserem ressourcenverschlingenden Konsummodell ändert. [...]

Quelle: Blätter für deutsche und internationale Politik
 Nr. 3/2019 - Albrecht von Lucke

Die USA, die EU und der Iran

von Mohssen Massarrat, emer. Sozialwissenschaftler, Berlin



Foto: Demo gegen Münchner Sicherheitskonferenz am 4.2.2012
Quelle: Arbeiterfotografie

Im Mai 2019 hat die US-Regierung die Iran-Sanktionen in vollem Umfang in Kraft gesetzt, und sie verfolgt seitdem gegenüber Iran die Politik des „maximalen Drucks“, die irgendwann in einen Iran-Krieg einmünden könnte. Donald Trump nimmt mit seiner Iran-Konfrontationspolitik den Faden der neokonservativen Alleinherrschaftspolitik der USA genau dort auf, wo er durch acht Jahre Obama-Regierung unterbrochen wurde. Tatsächlich stand die Weltgemeinschaft schon 2006, im letzten Amtsjahr von George W. Bush Junior, vor einem Iran-Krieg.

Obama bewegte sich zwar im Rahmen des bereits vorgegebenen globalen Konfrontationskurses der USA, ihm ist es jedoch gelungen, das Neocon-Projekt des Amerikanischen Jahrhunderts ein wenig zu bremsen. Das Iran-Atomabkommen resultierte aus der Kooperation von Obamas moderater US-Hegemonialpolitik mit der EU und Irans Reformflügel, das selbstverständlich auch mit der Unterstützung der Atommächte Russland und China letztlich erfolgreich ausgehandelt wurde. Dadurch spürte die Welt einen Hauch von Entspannung, auch dem Iran blieb ein Krieg vorerst erspart.

Nicht weniger wichtig war, dass die EU erstmals seit ihrer Entstehung die Chance erhielt, außenpolitische Selbstständigkeit zu üben. Tatsächlich schaffte es die EU sogar, bei der Lösung eines Weltkonflikts die Federführung zu übernehmen.

Den US-Neos passte weder die leichte globale Entspannung - sprich weniger Rüstungsexporte -, noch dass der iranische Zentralstaat als starke Regionalmacht, die den US-Mittelostinteressen trotz, unangetastet blieb. Genauso wenig wollten sich jedoch die Neos damit abfinden, dass die USA skeptischen Kräfte in der EU an einer wachsenden außenpolitischen Selbstständigkeit Gefallen finden und die EU langfristig aus allen ihren strukturellen Abhängigkeiten von den USA herauslösen könnten.

Die gegenwärtig bestehende nukleare Bevormundung, die energie-geopolitische Abhängigkeit und die währungspolitische Gängelung der westlichen Verbündeten der USA - und ganz zentral der EU durch die Dollar Dominanz - macht die EU trotz ihrer Bedeutung als größte Ökonomie der Welt außenpolitisch vollständig handlungsunfähig, ja zur weltpolitischen Luftnummer.

Die absolute Schwäche dieser US-Verbündeten ist somit gleichzeitig die Stärke der USA selbst. Fielen die genannten drei dimensional Abhängigkeiten weg, würde die geballte globale Macht der US-Vorherrschaft wie ein Kartenhaus zusammenfallen. So stünde auch der Entstehung einer aus 3 Zentren - China, EU und USA - bestehenden multipolaren Welt, natürlich zu Lasten der absoluten US-Vorherrschaft, nichts mehr im Wege.

Wer braucht einen Krieg?

Aus diesem Blickwinkel erscheint die Aufkündigung des Iran-Atomabkommens und die konsequente Vorbereitung des Iran-Krieges, im Grunde Trumps Amerika First Kurs, in seiner Gesamtheit in einem neuen Licht.

Könnte es den herrschenden Machtzentren im US-militär-industriellen Komplex, im Finanz- und Energiesektor ganz einfach nicht nur darum gehen, alles, ja wirklich alles, zu unternehmen um zu verhindern, dass die absolute Vorherrschaft der USA in naher Zukunft langsam aber sicher verloren geht? Denn das Überleben eines gigantischen Rüstungssektors, der sich allein aus globalen Konflikten und Kriegen nährt, hängt entscheidend davon ab, dass die USA auf weitere Jahrzehnte ihre absolute Vorherrschaft zementieren.

Ähnliches gilt auch für die Fortexistenz eines Finanzsektors, der ökonomisch unproduktiv ist und nur deshalb floriert, weil er immense Kaufkraft aus den produktiven Sektoren abzweigt, weltweit jedoch Arbeitslosigkeit, Armut und Elend hervorruft.

Auch der nuklear-fossile Energiesektors, der angesichts von nuklearen Folgekosten und Sicherheitsproblemen einerseits und des Klimawandels andererseits keine Zukunft mehr hat, kann seinen Untergang nur dadurch hinausschieben, dass die USA der Weltgemeinschaft diesen Energiepfad gewaltsam aufzwingt.

Nicht zuletzt können die USA den Völkern der Welt den Dollar, somit ihre wirksamste ökonomische Waffe, als einzige Weltwährung so lange aufkotroyieren, wie es ihnen gelingt, sämtliche Ölstaaten, einschließlich Iran, in letzter Instanz auch durch Bomben zu ihren Untertanen zu machen und sicherzustellen, dass der Öl-Handel weltweit in Dollar abgewickelt wird.

Für diese ihre absolute Vorherrschaft benötigen die USA den gigantischen Militär- und Sicherheitsapparat mit über 800 Militärbasen auf dem Planeten, der die Hälfte der globalen Rüstungskosten verschlingt und der zwangsläufig immer neue Konflikte und Kriege heraufbeschwört.

Sie benötigen zudem auch innenpolitisch die umfassende Mobilisierung von rassistischen Instinkten, die Trump inzwischen zur Grundlage seiner Wahlkampfstrategie gemacht hat.

Was heißt „America first“?

Trumps nur vordergründig als unbe-rechenbar und verrückt erscheinende Amerika First Politik ist in Wirklichkeit Ausdruck einer minutiös durchdachten Strategie der genannten Machtzentren, um das Fundament ihrer absoluten Vorherrschaft, nämlich die nuklearen, finanz-, währungs- und energiepoliti-schen Abhängigkeiten ihrer westlichen Verbündeten, vor allem der EU, mit al-len erdenklichen Mitteln nicht aus der Hand zu geben.

Der Ausstieg aus dem Pariser Kli-maschutzabkommen, die Kündigung des INF-Vertrages und der Bruch des völkerrechtlich legitimierten Iran-Atom-Abkommens liegen jedenfalls sämtlich auf dieser Linie. Dazu gehört auch Trumps unverhohlener Versuch, den Dollar wie nie zuvor als einen wirksa-men ökonomischen Hebel zum maxi-malen Druck gegen alle US-Handels-partner, einschließlich ihrer eigenen Verbündeten, einzusetzen. Neu ist auch die Haltung des US-Präsidenten, der nicht davor zurückschreckt, so of-fensichtlich wie nie zuvor das Völker-recht, wie im Konflikt mit Iran, mehrfach zu brechen und damit die Autorität in-ternationaler Institutionen zu demolie-ren.

Der Ausstieg aus dem Iran-Atomab-kommen, die direkten Iran-Sanktionen sowie deren exterritoriale Anwendung, die Androhung eines Angriffskrieges gegen Iran, zumal mit wiederholt ange-drohter Vernichtungsabsicht durch den

US-Präsidenten - dies alles stellt nach der internationalen Juristenorganisation IALANA einen klaren Bruch des Völker-rechts dar.

Wirtschaftskrieg – gegen wen?

Im Lichte dieser Analyse ist der durch massive Sanktionen gegen Iran geführte Wirtschaftskrieg auch ein indi-rekter Wirtschaftskrieg gegen die den USA gegenüber skeptischen ökonomi-schen und politischen Kräfte in der EU. Mit ihrer exterritorialen Sanktionspolitik versucht die US-Regierung - dank der Dollar-Dominanz - der EU ihre aggres-sive Iran-Politik des maximalen Drucks aufzuzwingen und die EU in einen mili-tärischen Konflikt im Persischen Golf mit dem Iran hineinzuziehen.

Dazu gehört die Sabotage des durch die EU geschaffenen Finanzin-struments INSTEX genauso, wie der von John Bolton minutiös ausgeheckte Plan, durch die Beschlagnahme des iranischen Öltankers Grace 1 in Gibralt-ar und die dadurch ausgelöste Reakti-on der iranischen Marine, die den briti-schen Öltanker Stena Impero im Persi-schen Golf festsetzte. Tatsächlich be-nötigt John Bolton, im Grunde das ge-samte Lager der Kriegstreiber in der US-Führung, außer den willigen Kriegs-verbündeten im Mittleren Osten Saudi Arabien und Israel, vor allem auch die EU-Staaten, am besten die EU insge-samt als US-Kriegsverbündete gegen Iran, um die Skeptiker in der US-Füh-rung zu einer Zustimmung zum Iran-

Krieg zu drängen und den innerameri-kanischen Kriegskonsens herzustellen.

Zu diesem Zweck ist gegenwärtig das Lager um Bolton dabei, die transat-lantischen konservativen und militaristi-schen Kräfte und Medien in der EU mit einigem Erfolg und unter dem Vorwand des Schutzes freier Schifffahrt, in eine US-geführte Militärallianz zu locken. Mit dem neuen britischen Premier Boris Johnson hat Bolton einen treuen Kriegsverbündeten in Europa schon auf seiner Seite. Das ist die schlechte Nachricht. Die gute Nachricht ist je-doch, dass sich die Sozialdemokraten in Deutschland offensichtlich entschie-den haben, nicht in Boltons Falle zu tap-pen.

Welche Chancen haben wir?

So gesehen hat die internationale Friedensbewegung einen wirksamen Hebel, den Bolton-Plan zu Fall zu brin-gen und letztlich auch die in Bewegung gesetzte Kriegsmechanik gegen Iran zu stoppen. Der Schwenk der SPD zu einer Antikriegsposition ist der ein-drucksvolle Beweis dafür. Es müsste fortan darum gehen, die Kriegsgegner innerhalb Deutschlands und der EU ge-gen jedwede Beteiligung deutscher und EU-Marine an einer militärischen Eskalation im Persischen Golf zu aktivieren und alle EU-Regierungen für ein klares Nein zum Iran-Krieg zu gewinnen.

Der Text war Grundlage eines Re-ferates bei der Aktionsberatung der Friedensbewegung zum drohenden Krieg gegen den Iran am 17.8.2019

USA gegen Iran: So vernebeln große Medien die Wahrheit

Präsident Trump gab im Mai 2018 den «Ausstieg» aus dem Nuklearabkommen mit dem Iran bekannt. Seither schreiben und berichten fast alle großen Zeitungen sowie Fernseh- und Radiosender vom «Ausstieg» der USA aus dem Atom-abkommen mit dem Iran und von Wirtschaftssanktionen, welche die USA gegen den Iran verhängen. [...]

Dieser «Plan» war kein Abkommen und wurde deshalb we-der von den USA noch von den andern Verhandlungspart-nern Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Russland, China und Iran unterzeichnet und ratifiziert. Deshalb kann kein Land diesen Plan kündigen oder aus diesem Plan aus-steigen.

Die sieben Verhandlungspartner hatten sich vielmehr dar-auf geeinigt, unter welchen Voraussetzungen der UN-Si-cherheitsrat die von ihm verhängten Sanktionen lockert

oder aufhebt.

Doch die sieben UNO-Mitglieder konnten vom Sicherheits-rat verhängte Sanktionen nicht im Alleingang aufheben. Deshalb legten sie ihren Plan dem UN-Sicherheitsrat vor. Im Juli 2018 stimmte dann der Sicherheitsrat einstimmig für die Aufhebung der UN-Sanktionen. Als Bedingung dafür muss die IAEA bestätigen, dass Teheran seinen im «Plan» eingegangenen Verpflichtungen nachgekommen ist.

Resolutionen des UN-Sicherheitsrates sind aufgrund der Artikel 41 und 42 des 7. Kapitels der Charta der Vereinten Nationen für alle Staaten verpflichtendes Völkerrecht. UN-Resolutionen, die ohne ein Veto verabschiedet werden, ha-ben völkerrechtlich die gleiche Wirkung wie ein Gesetz und erlauben einem Land weder eine «Kündigung» noch einen «Ausstieg».[...]

Quelle: Infosperber – Urs P. Gasche (19.8.2019)

“Kein Krieg gegen den Iran”

Auszüge aus dem Ergebnisprotokoll der Aktionskonferenz der Friedensbewegung vom 17.8.2019

Grundlegende Bewertung

"Iran-Vertrag" ist Aktionsplan, vom UN-Sicherheitsrat abgesegnet. Die USA brechen Völkerrecht. Die Wirtschaftssanktionen müssen deshalb aufgehoben werden. Tödliche Wirkungen des Embargos finden bereits jetzt statt. Breitestes zentrales Argument ist deshalb: Völkerrechtsverletzungen der USA (und indirekt auch der EU durch mangelnde Konsequenz gegenüber US-Politik).

Wir engagieren uns im Interesse der iranischen Zivilgesellschaft!

Argumentationshilfen

Propagandabegriffe wie z.B. "Mullah-Regime" prägen das Iran-Bild. Veranstaltungen zur Darstellung der kulturellen Geschichte sind notwendig, um

solchen Dämonisierungen entgegen zu treten.

Gegen Iran-Krieg zu sein, heißt auch, die Zivilgesellschaft (Demokratiebewegung) zu stärken. Kriegsdrohungen und Krieg führen nur zum Schulterchluss mit „Mullah-Regime“

Embargo / Wirtschaftskrieg richtet sich gegen die iranische Zivilgesellschaft, mit tödlichen Wirkungen

Wenn Demokratiebewegung stärker würde, hätte dieses auch Rückwirkungen auf andere autoritäre Regime in der Region. Genau das ist aber von der US-Politik nicht erwünscht.

Grundsätzlich immer wieder ansprechen: Krieg ist ein Verbrechen bzw. das größte Verbrechen an der Menschheit, das gilt deshalb auch für Kriegsvorbereitungen

Mobilisierung:

„Was geht uns das an?“

Die deutsche Bevölkerung fühlt sich durch die Kriegsdrohungen gegen den Iran nicht betroffen. Was Deutschland direkt betrifft ist, dass die deutsche Wirtschaft erhebliche Nachteile durch die Sanktionspolitik in Kauf nehmen muss. Dieses betrifft auch andere vorhandene Wirtschaftsembargos, wie gegen Russland. Wirtschaftsembargos sind auch Argumente als Konfliktverstärker wie in Syrien (hier im Sinne von Wiederaufbau und Fluchtbewegungen), Venezuela, Kuba ...

Sobald Israel bedroht wird, wird der Druck auf Deutschland hoch sein, um militärisch einzugreifen. Israel greift jetzt schon aktiv iranische Stellungen in Syrien an.

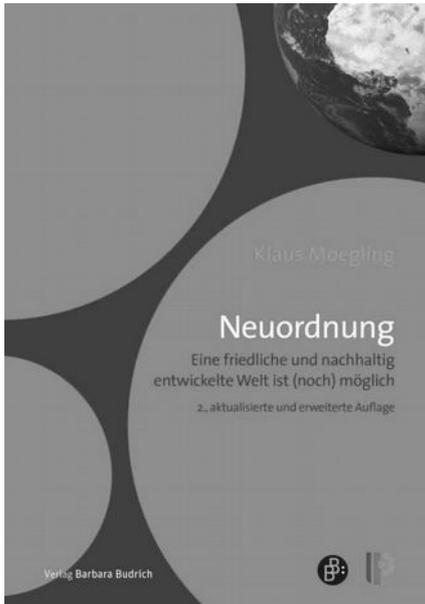
Forderungen	Erläuterungen / Diskussion
Wirtschaftssanktionen aufheben	Wirtschaftssanktionen sind Krieg und töten Zivilisten. (Siehe Sanktionen gegen den Irak in den 90er Jahren: 500.000 tote Kinder)
keine Kriegs-Unterstützung von deutschem Boden	US-Kriegsführung erfordert Logistik über die Air Base Ramstein. (Bereits beim Irak-Krieg 1991 erfolgten Sitzblockaden vor der damaligen Rhein-Main Air Base in Frankfurt.)
UNO und Anrainerstaaten am Persischen Golf sollen Seeschifffahrt gemeinsam sichern	ohne eskalierende Wirkung durch Militärmissionen von NATO- und EU-Staaten, Welthandel kann nicht militärisch abgesichert werden

Losungen bei Aktionen	Zugrunde liegende Überlegungen
Kein Krieg für Öl	in Anlehnung an 1990/91: "Kein Blut für Öl", vor dem Hintergrund der FfF-Bewegung zur Abkehr von fossilen Brennstoffen besonders aktuell
Wirtschaftskrieg schadet der Zivilbevölkerung	Ist zu wenig im Bewusstsein vorhanden, auch in Bezug auf Syrien-Krieg
Krieg ist die größte Klimakatastrophe	Zahlreiche Beispiele, wie Hinweis auf die brennenden Ölfelder 1991 in Kuwait

Aktionsformen	Hinweise, Probleme und evtl. weitere Diskussion
Bei allen anstehenden friedenspolitischen Aktionen Iran-Thema integrieren	noch zu definierende Aktionen anlässlich öffentlicher Bundeswehr-Rekrutenvereidigungen am 12.11.
FfF-Aktionstag am 20.9.	Eigener Demo-Block oder verteilte Teilnahme, vor allem um mit FfF-Generation ins Gespräch zu kommen
Friedensfahrradtour USA - Iran	zum Weltfriedenstag am 21.9. von US- zu Iran-Botschaft/Konsulat
Ökumenische Friedenswoche Mitte November, Thema: „Friedensklima“	10.-20. November 2019
Eigener Aktionstag im November	Weitere Diskussion notwendig. Basis hierfür wäre ein eigener Appell bzw. gemeinsamer Aufruf von Bundesausschuss Friedensratschlag und Kooperation für den Frieden
Vorbereitung auf den Tag „X“	spontane Aktionen in jedem Fall vor der US Air Base Ramstein

Politische Aktivitäten: Auch eine individuelle Herausforderung

Klaus Moegling: *Neuordnung – Eine friedliche und nachhaltig entwickelte Welt ist (noch) möglich*
 Verlag Barbara Budrich – ISBN 978-3-8474-2344-7, 2. erweiterte Auflage 2019, 277 Seiten, 24,80 €



„Krieg, soziale Ungleichheit, Klimaerwärmung. Die Welt steht täglich vor neuen Herausforderungen, die, so Klaus Moegling, nur durch eine radikale Neuordnung bewältigt werden können. Seine Botschaft lautet:

Eine friedliche und am Prinzip der Nachhaltigkeit orientierte Welt ist möglich. Die Neuordnung kann bereits jetzt mit den ersten notwendigen Schritten beginnen.“

(Klappentext des Buches)

Die weltweiten Herausforderungen für die Menschheit bestehen auf vielen Themenfeldern, die teilweise viel mehr wahrgenommen werden als das Friedensthema. Demgemäß ergibt sich auch eine lange Liste dessen, was global politisch gefordert werden muss. Dieses umfassend in einem einzigen Buch kompakt darzustellen, ist sehr ambitioniert und hier dennoch weitestgehend gelungen.

Der Autor Dr. Klaus Moegling ist Professor für Politikdidaktik im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften der Universität Kassel. Bei diesem fachlichen Hintergrund muss klar sein, dass es dem Autor nicht darum geht, alle Probleme dieser Welt im Schnelldurchgang zu analysieren. Vielmehr geht es ihm um die Beantwortung von vier zentralen Fragen:

„Wie möchte ich in Zukunft leben?
 Was verhindert, dass ich in dieser Weise leben kann?

Wie soll eine Neuordnung der Welt in den wesentlichen Aspekten aussehen, in der diese Qualität des Lebens möglich wird?

Was muss ich – auch gemeinsam mit anderen – auf allen gesellschaftlichen Ebenen, aber auch für mich persönlich, verändern, so dass diese Neuordnung und dieses Leben in der Zukunft wahrscheinlicher werden?“

Insbesondere die letzte Frage – die aber nicht losgelöst von den vorhergehenden gesehen werden kann – erfordert einen Blick die psychosoziale Bildung des Einzelnen. Das heißt: Diese Frage bleibt bei den zunehmenden zivilgesellschaftlichen Protestbewegungen meistens unterbelichtet. Dieses gilt, auch trotz vereinzelt gegenläufiger Debatten, wie bei Umweltfragen, wenn Plastiktüten statt die politisch Verantwortlichen thematisiert werden. Dazu ein Passus aus dem Buch:

„Wie will man die Welt, die internationalen Beziehungen, autoritäre Strukturen, den Umgang mit Konflikten, das Verhältnis im Umgang mit unserem Planeten sowie das gravierende Reichtumsgefälle verändern, wenn die geistige und emotionale Entwicklung des Menschen weit hinter seinen technisch-zivilisatorischen Möglichkeiten zurückbleibt?

Ebenfalls die Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Friedensinitiativen und Gemeinschaftserfahrungen unterschiedlichster Art sind sowohl Übungsfeld für psychosoziale Kompetenzen als auch Anwendung derselben. Menschen, die sich für den Frieden einsetzen, sollten auch anders miteinander in sozialen Konfliktsituationen umgehen und zeigen, wie im Kleinen bereits das gelingt, was man im Großen einfordern möchte.“

Dargestellt wird, dass kriegstreibende und militarisierende Strukturen psychologisch auf den Einzelnen wirken.

Sich denen zu widersetzen, erfordert erhebliche Anstrengungen im päd-

agogischen, spirituellen und therapeutischen Bereich. Das heißt im Umkehrschluss: Globale Friedensfähigkeit kann nur dann organisatorisch-institutionell hergestellt werden, wenn individuelle Friedfertigkeit in kulturelles und politisches Engagement einfließt.

Damit wird auch an das Problem angeknüpft, dass Menschen nur eine begrenzte Kapazität an Zeit und Energie haben, um für politische Ziele zu kämpfen. Selbst- und Welt-Wahrnehmung müssen deshalb in Einklang gebracht werden.

Das Buch ist trotz des akademischen Einstiegs („holistische Sicht“) im Vorwort zur 1. Auflage und dem einleitenden Text letztlich doch leicht lesbar, da der Autor seiner didaktischen Lehrfähigkeit entsprechend den Aufbau der einzelnen Abschnitte sehr übersichtlich gestaltet hat: Längere Zitate, Kommentierungen hierzu und eigene, kompakte Schlussfolgerungen wechseln sich ab.

Inhaltliche Bandbreite und Vertiefung gehen aber vereinzelt doch zu Lasten übergreifend notwendiger Stichworte und Einstiegspunkte für detaillierte Darstellungen. So wird der Begriff Nachhaltigkeit zwar ausgiebig dargestellt, hätte aber der Zielsetzung des Buches gemäß eine differenziertere Definition verdient gehabt, auch in Kenntnis der inflationären und teilweise missbräuchlichen Verwendung des Begriffes.

Zur heutigen und künftigen (visionären) Rolle der UNO enthält das Buch zwar wichtige Anstöße, jedoch wäre eine detaillierte Behandlung der ab 2016 geltenden UN-Nachhaltigkeitsziele für 2030 in diesem Rahmen sinnvoll.

Trotz der genannten, kleineren Defizite ist das Buch eine gute Arbeitsgrundlage, um die darin enthaltenen Thesen und Anstöße innerhalb von örtlichen Friedensinitiativen – am besten mit dem Autor selbst – zu diskutieren. Denn in dem Buch werden Bewusstseins- und Handlungsdefizite von politisch aktiven Menschen angesprochen, die sowohl individueller wie auch gruppenbezogener Reflexionen bedürfen.

Karl-Heinz Peil

conference on campaigning for peace

Gemeinsam Friedenskampagnen verbessern



Kampagnen sind aus den sozialen Bewegungen nicht wegzudenken. Auch die Friedensbewegung ist stark von Kampagnen geprägt. Je erfolgreicher die Kampagnen, desto erfolgreicher die Bewegung. Doch was genau hilft uns dabei, die dicken Bretter im Feld Außenpolitik, Rüstungswirtschaft und Menschenrechte zu bohren? Welche Erfolgsrezepte können wir teilen? Welche wertvollen Schlüsse können wir aus Fehlern ziehen? Wie kann das Zusammenspiel von internationalen und bundesweiten Kampagnen sowie regional agierenden Gruppen gelingen?

Ziel der cc4p ist Fragen rund um das Handwerk Kampagnenarbeit zu erörtern, voneinander zu lernen und Impulse für wirksames Engagement zu geben. Als Auftakt wollen wir dazu eine besonders erfolgreiche internationale Kampagne studieren – die „International Campaign to Abolish Nuclear Weapons“ (ICAN). Für ihren Einsatz für ein Atomwaffenverbotsvertrag erhielt sie 2017 den Friedensnobelpreis.

Für wen ist die cc4p? Für alle, die Kampagnenarbeit im Themenbereich Frieden voran bringen möchten und an fachlichem Austausch interessiert sind (z.B. Campaigner*innen; Absolvent*innen von CampaPeace; ehrenamtlich und hauptamtlich Engagierte in regionalen, bundesweiten oder internationalen Kampagnen).

Veranstalter:

AGDF, DFG-VK, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., IALANA, IPB, IPPNW, Netzwerk Friedenskooperative und Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden

am 28. September 2019 in Frankfurt, Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main, Wilhelm-Leuschner Str. 69/77

Programm und weitere Infos unter: www.friedenskooperative.de/cc4p-2019



Buchveröffentlichung

Aus Furcht vor Russland, als Reaktion auf den Irrsinn eines »America first« oder aus Angst vor Gewalt und Terror kommen die Gespenster des Kalten Krieges zurück. Der neue Rüstungswettlauf ist keine Drohung mehr, sondern bereits harte Realität. Deutschland kann in der Entspannungspolitik zwischen Ost und West im Rahmen der Europäischen Union eine führende Rolle einnehmen. Dafür muss Frieden wieder zu einem zentralen Thema unserer Gesellschaft werden.

Genau dafür setzen sich die Herausgeber Michael Müller, Peter Brandt und Reiner Braun ein, die mit ihrem Aufruf die aktuellen Perspektiven einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik ausloten und entwickeln.

Mit Texten von Katarina Barley, Frank Bsirske, Daniela Dahn, Daniel Ellsberg, Sigmar Gabriel, Michail Gorbatschow, Stephan Hebel, Reiner Hoffmann, Götz Neuneck, Horst Teltschik, Willy van Ooyen, Heidemarie Wieczorek-Zeul, Sahra Wagenknecht, Hubert Weiger, Ernst Ulrich von Weizsäcker u.v.a.

Erschienen im Westend-Verlag, ISBN 978-3864892493, 22,00 €